JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

JEWISH PRESS
NEWS ASSOCIATION



BUREAU CENTRAL
DE LA PRESSE JUIVE

Erscheint 1–2 mal wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.–, halbj. Fr. 6.–, viertelj. Fr. 3.50

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH“

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Nummer 40	20. Juni 1919	כ״ב סיון תרע״ט	Preis 30 Cts.

Interview mit Oskar Strauss.

Der ehemalige amerikanische Botschafter in Konstantinopel, Mr. *Oscar Strauss*, der als Präsident der „League to Enforce Peace of America“ nach Europa gekommen ist, und wenn auch der amerikanischen Friedensdelegation nicht offiziell attachiert, in Paris eine bedeutende Rolle spielt, hatte die Freundlichkeit unseren Londoner Korrespondenten, Herrn Harry A. Goodman, zu empfangen und ihm für die „Jüdische Presszentrale Zürich“ folgendes Interview zu gewähren:

„Ich bin kein Zionist“, erklärte Strauss, „aber ich sympathisiere mit dem zionistischen Ideal. Ich glaube auch nicht, dass viele Juden aus Amerika oder England nach Palästina auswandern werden. Weshalb sollten sie denn diese zwei Länder verlassen, wo sie dieselben Rechte und Privilegien geniessen wie die übrigen Bürger. Nein, Palästina wird seine Siedler aus den Ländern rekrutieren, wo die Juden keine Freiheiten besitzen. Die Auswanderung aus Europa wird zweifelsohne in grossem Masse durch die Lage der Juden in Mittel- und Osteuropa bedingt. In Osteuropa verschlimmert sie sich ja tagtäglich, und die Pogrome die dort wüten, beweisen, dass unsere Feinde nichts gelernt haben.“

Auf die Frage, ob die Rechte der Juden in den übrigen Ländern durch die den Juden gewährte Heimstätte in Palästina nicht beeinträchtigt würden, erwiderte Herr Strauss: „Es ist geradezu unsinnig zu behaupten, dass die in der Diaspora verbleibenden Juden durch Errichtung eines nationalen Heims in Palästina geschädigt werden könnten. Die Juden, die in England bleiben, werden Engländer sein, die in Amerika lebenden, Amerikaner, und diejenigen, die nach Palästina auswandern, werden Mitglieder des zu errichtenden jüdischen Staates sein.“

In Bezug auf die Zukunft der jüdischen Heimstätte in Palästina ist Strauss optimistisch. „Ich bin schon 69 Jahre alt und erwarte nicht, noch viel vom zukünftigen Palästina sehen zu können, aber ich habe vollstes Vertrauen, dass der neue Staat die Hoffnungen seiner Gründer erfüllen wird. Ich hege den tiefsten Glauben an die Ethik meiner Religion und meines Volkes; wir haben der Menschheit die 10 Gebote, den Grundstein aller modernen Gesetze gegeben, und das Fundament der bürgerlichen Gerechtigkeit liegt im alten Palästina. Wer kann voraussagen, welch grosse Wohltaten und politische Weisheiten noch aus dem neuen Palästina ausgehen werden? Palästina wird den Schutz Grossbritaniens, der grössten Weltmacht, geniessen und die Juden werden sich freuen, dass das britische Volk und die Juden Verbündete werden. Obgleich die Juden Amerikas und Englands sich als Bürger Palästinas nicht aktiv betätigen werden, so wollen wir doch unsere Glaubensbrüder, so weit nur möglich, unterstützen, und wünschen ihnen von ganzem Herzen guten Erfolg. Es wird immer ein starkes Band geben zwischen den Juden die nach „Hause“ gegangen sind und denen die in der Diaspora geblieben sind, und wir sind sicher, dass ein behagliches, glückliches und blühendes nationale Heim bald in Palästina errichtet werden wird.

Protestresolution des Jüdischen Nationalrates für Ostgalizien.

Die „Jüdische Presszentrale Zürich“ erhielt folgendes dringende Telegramm:

Wien, 16. Juni. Ausschreitungen polnischer Truppen gegen ostgalizische Juden dauern fort. Die jüdischen Nationalräte wurden aufgelöst. Bei vorgenommener Konskription wurden Juden gezwungen, sich als Polen zu bekennen. Jüdische Beamte wurden entfernt, jüdische Schulen geschlossen. Aufnahme der Juden in allgemeine Schulen beschränkt. Juden werden fortwährend zu schweren Arbeiten, jüdische Frauen zu Kasernendienst selbst an Samstagen, geschleppt. 11. Juni weilte in Stanislau Entente-Kommission. Polnische Behörden liessen jüdische Nationalräte zu ihr nicht zu und als Vertreter wurden Assimilanten, die Memorandum vorlegten, vorgeführt. Trotzdem die jüdische Bevölkerung vor kurzem freiwillig Nationalräte als die sie vertretende Körperschaft wählte, versuchen die Polen Assimilanten als Judenvertreter anzusehen. Die Wiener Delegation des Ostgalizischen Nationalrates fasste folgende Resolution: Anknüpfend an feierliche Entschliessung des ersten jüdischen Nationalratstages für Ostgalizien vom 20. Dezember 1918, im nationalen Streite zwischen beiden, das Land bewohnenden slavischen Völkern, nach wie vor volle Neutralität zu wahren, erhebt das jüdische Volk gegenüber beiden kämpfenden Völkern den Anspruch auf Respektierung seiner nationalen Sonderheit und ver-

langt die Weiterbelassung der von ihm nach dem Zusammenbruch der Monarchie geschaffenen nationalen Vertretungen und Institutionen. Die Delegation des Jüdischen Nationalrates für Ostgalizien protestiert gegen die, von den polnischen Behörden angeordnete Auflösung, der aus breitester demokratischer Wahlordnung hervorgegangenen jüdischen Nationalräte, sowie auch gegen Wiederberufung der alten, vom jüdischen Volke einmütig abgelehnten, israelitischen Kultusgemeindevertretungen. Gegen Verfolgung gewählter Vorstände jüdischer Nationalräte, von denen Dr. Rottenstreich, Präsident des Nationalrates Sambor unrechtmässig verhaftet und vor Kriegsgericht gestellt wurde. Gegen Verletzung der von Juden proklamierten und von beiden kombattanten Parteien anerkannten Neutralität im polnisch ukrainischen Kampfe durch die rechtswidrige Heranziehung ostgalizischer Juden zum Dienst im polnischen Heere. Gegen rechtswidrige Entlassung jüdischer Staatsbeamter vom Dienste, weil sie gemäss Haager Konvention auf ihrem Posten ausharrten, ihre Neutralität bewahrten und sich keines andern Vergehens schuldig machten, als dass sie sich zur jüdischen Nationalität bekennen. Gegen Ausschluss jüdischer Mittel- und Hochschüler Ostgaliziens aus öffentlichen Unterrichtsanstalten. Die Delegation des Ostgalizischen Jüdischen Nationalrates protestiert gegen Besetzung ostgalizischer Gebiete durch Rumänen, die den eigenen Juden primitivste menschliche und bürgerliche Rechte stets verweigerten und auch nach Galizien, auf welches sie weder ethnographisch noch den geringsten Schein eines historischen Rechtes beanspruchen können, das rumänische System der Judenknechtung und Judenverfolgung, die bereits in Kolomea in blutigen Ausschreitungen gegen Juden ihren Ausdruck fanden, hineintragen. Die Delegation fordert die jetzigen Machthaber in Ostgalizien auf, gemäss den Verpflichtungen der Haager Konvention die Valutafrage so zu ordnen, dass die jüdische Bevölkerung Ostgaliziens vor materieller Katastophe bewahrt werde, indem sie ukrainische Valuta in ihrem vollen Nominalwerte rückerhält.

sig. Jüdischer Nationalrat für Ostgalizien.

Die jüdischen Nationalräte in Ostgalizien.

Dem Pressedienst der Delegation des Jüdischen Nationalrates für Ostgalizien wird gemeldet;

Im Monat Mai wurden vom Jüdischen Nationalrat für Ostgalizien in einer ganzen Reihe von Städten, Wahlen zu den Orts- und Bezirksnationalräten unter sehr starker Wahlbeteiligung seitens der jüdischen Bevölkerung (zirka 80 Prozent, auch Frauen) durchgeführt. Am Wahlkampf beteiligten sich die Zionisten, Poale Zionisten, jüdische Sozialdemokraten (Z. P. S.), die jüdischen Handwerker und kaufmännischen Fachorganisationen.

Die zionistischen Listen erhielten 70 Prozent, die Poale Zionisten 8 Prozent, Z. P. S. 9 Prozent, die der wirtschaftlichen Fachorganisationen, deren Mandatsbewerber auf das zionistische Programm kandidierten, 13 Prozent der abgegebenen Wahlstimmen.

Dieses Plebiszit beweist klar, dass die Juden in Ostgalizien sich national fühlen und Anspruch auf nationale Rechte erheben.

Zu dem Pogrom in Krakau.

Wir erhalten folgendes Telegramm: Presscentra Zürich. Wien, 11. VI. 19. Gleich nach der Ankunft der Haller Armee nach Krakau am 4. Juni begannen einzelne Soldaten am Bahnhof und in der Stadt die Juden zu schlagen und ihnen die Bärte abzuschneiden. Freitag den 6. Juni haben einige Soldaten in den Tuchlauben unter ganz harmlosen Vorwänden einige jüdische Geschäfte geplündert. Ihnen schloss sich bald der Mob an und unter wildem Geschrei begannen sie einen regelrechten Pogrom. Beinahe alle jüdischen Geschäfte in der Grodzka, Dietelgasse, alten Weichselgasse und am Kazimierz wurden vom Mob unter Anführung von Hallerschen Soldaten geplündert und ausgeraubt. Im Kazimierz wurde die jüdische Miliz, welche jüdisches Hab und Gut schützen wollte, von den Hallerschen Soldaten angegriffen und beschossen. Viele Passanten wurden verletzt. Erst spät abends, nach Intervention von Dr. Thon bei General Haller, kamen Militärpatrouillen. Ganz passiv intervenierende Polizisten wurden von den Hallerschen Soldaten blutig geschlagen. Die Zahl der Verwundeten ist derzeit nicht ganz festzustellen möglich. Es sollen 200 sein. Der Sachschaden beträgt etwa 25 Millionen. Der Pogrom dauerte auch den ganzen Samstag. Erst spät abends wurden die Plünderer von den Patrouillen auseinandergetrieben. Die polnischen Zeitungen, mit Ausnahme des „Naprzód", welcher den Pogrom zugibt, und die Schuld den Hallerschen Soldaten zuschreibt, suchen die Tatsachen zu entstellen und behaupten, dass Juden und deutsche Spione den Pogrom veranstalteten, um die Haller'sche Armee zu misskreditieren. Die Hetze gegen die Juden wird von der Presse fortgesetzt. Der Schutz seitens der Behörden ist sehr schwach. In den meisten Fällen wird derselbe verweigert, Die Lage der Juden ist verzweifelt. Gez. Jüdischer Nationalrat.

Pogrom in Praga.

Warschau. In der Warschauer Vorstadt Praga, die von zahlreichen Juden bewohnt ist, kam es in der letzten Zeit wiederholt zu blutigen Ueberfällen auf Juden, wie auch zu Räubereien und Plünderungen jüdischer Geschäfte. Am ersten Tage des Schewuothfestes haben diese Exzesse einen gefährlichen Charakter angenommen. Viele Soldaten und Zivilisten versammelten sich in den Strassen der Vorstadt und veranstalteten eine Jagd nach Juden.

Die Soldaten warfen sich mit vorgehaltenem Revolver auf die Unglücklichen und verletzten viele. Dann drang die Menge in jüdische Wohnungen ein und raubte viele Gegenstände, besonders aber bares Geld. Die Hallerschen Soldaten begnügten sich nicht mehr mit dem Bartabschneiden, es wurden auch viele bartlose Juden angefallen, ihnen die traditionellen jüdischen Hüte heruntergerissen und mit dem Bajonett durchbohrt, wobei den Juden zugerufen wurde: „Solche Hüte werdet ihr in Palästina tragen!" Bei diesen Exzessen sind gegen 30 Juden verwundet worden. Der Jüdische Nationalrat intervenierte sofort bei dem Regierungschef. Die Abgeordneten Grünbaum und Dr. Schipper begaben sich behufs Untersuchung der Vorfälle nach Praga. Einige franzö-

sische Offiziere besuchten das Lokal des Pragaer zionistischen Vereines, wo sie Informationen über die Exzesse einholten. Die jüdischen Ratsmänner sämtlicher Parteien brachten in der Sitzung des Stadtrates eine Interpellation in Angelegenheit dieser Exzesse ein, der die Dringlichkeit zuerkannt wurde. Als jedoch Ratsmann Dawidsohn die Ereignisse in Praga zu schildern begann, verliess die ganze Rechte den Sitzungssaal und machte es auf diese Weise unmöglich, die Beratungen fortzuführen.

Unruhen in Zawierce.

Warschau. Der Jüdische Nationalrat erhielt die Nachricht, dass in *Zawierce* Judenmetzeleien vorgefallen sind. Zwischen Arbeitslosen und der Polizei waren Zwistigkeiten entstanden, zu deren Beilegung man am 6. Juni abends in Zawierce einen durchfahrenden Zug mit Posener Soldaten zum Halten brachte. Diese Soldaten drangen in jüdische Geschäfte und Privathäuser ein. Mehrere Juden wurden getötet. Die Synagoge wurde von den Soldaten ausgeraubt. Die Unruhen dauerten bis spät abends. Die Vertreter der jüdischen Gemeinde bezeichneten dem Polizeichef eine Reihe von Personen, die zusammen mit den Soldaten an den Plünderungen Anteil genommen hatten. Bei der Revision fand man bei ihnen eine Menge der geplünderten Sachen. Abg. Dr. Weinzieher begab sich nach Zawierce, um an Ort und Stelle den Verlauf und die Ursache der Vorfälle festzustellen.

Pogrom in Cholm.

Dienstag, den 3. Juni brach in Cholm ein fürchterlicher Pogrom aus, der ursprünglich gegen die jüdischen Fleischhauer gerichtet war, später jedoch sich auf die gesamte jüdische Bevölkerung ausdehnte. Das Militär und die Miliz verhielten sich passiv. Einige Juden wurden getötet und viele verwundet. Es wurden auch viele Geschäfte ausgeplündert. Am ersten Schewuothfeiertag waren sämtliche Bethäuser geschlossen. Die Juden wagten sich nicht auf die Gasse. Erst Mittwoch nachts fanden die Räubereien ein Ende.

Rachmilewicz berichtet in Paris über den Wilnaer Pogrom.

In Begleitung der litauischen Delegation ist Dr. Rachmilewicz in Paris eingetroffen, der als Augenzeuge der von den polnischen Truppen in Wilna veranstalteten Judenpogrome darüber der Konferenz berichtet hat. Der Bericht wurde vom litauischen Ministerpräsidenten zur Verfügung gestellt. Er besagt, dass die Polen mit dem Tage der Besetzung des Bahnhofes von Wilna mit der Plünderung der Häuser der Juden unter dem Vorwand von Hausdurchsuchungen nach Bolschewiken und verborgenen Waffen begannen. Polnische Legionäre wurden von den Fenstern aus beobachtet, wie sie die wegen des Sabbats geschlossenen Geschäfte aufsprengten und ausplünderten. Als am Montag den 21. April, nachmittags, die in den Kellern versteckt gewesenen Juden auf die Strasse kamen, wurden sie von den polnischen Soldaten angehalten, durchsucht und völlig ausgeraubt. Am nächsten Tage begannen die Gewalttätigkeiten. Die Juden wurden geprügelt und durch die Strassen gejagt und dann erschossen. Die Gesamtzahl der Opfer wird auf mindestens 3000 geschätzt.

Das rumänische Judenproblem.

Zu dem von der „Jüdischen Presszentrale Zürich" in No. 37 mitgeteilten neuen Dekrete der rumänischen Regierung betreffs Erteilung des Bürgerrechtes an die Juden, teilt uns unser rumänischer Gewährsmann folgendes mit:

Das neue königliche Dekret verleiht denjenigen Juden, welche im Lande geboren sind, oder welche den Balkankrieg oder den Weltkrieg auf rumänischer Seite mitgemacht haben, das Bürgerrecht. Ein Verfahren mit Urkundenbeweisen ist nur dann vorgesehen, wenn die Anführungen des Gesuchbewerbers von irgend einer Seite bestritten werden. Die Juden verhalten sich auch diesem neuerlichen Dekret gegenüber ablehnend, weil es auf derselben verfassungswidrigen Weise zustande gekommen ist, wie dasjenige vom 6./19. Jan. 19. Jenes Dekret wurde bekanntlich von den Gerichten nicht als rechtverbindlich anerkannt. Die Juden glauben, dass dieses Dekret einen letzten Versuch darstellt, eine internationale Sicherstellung der Rechtslage der Juden zu verhindern und befürchten, dass dieses Dekret nach Beendigung des Friedenskongresses als unwirksam erklärt werden könnte. Im übrigen fordern sie die Gutmachung des ihnen angetanen Unrechtes durch ein Gesetz, das die Bürgerrechte der Juden *generell* anerkennt u. lehnen die Methode, das Bürgerrecht einzelnen Fremden *individuell* zu verleihen, ab. Die antisemitische Presse, welche über das Verhalten der Juden erbittert ist, erklärt: „Die Juden wollen nicht rumänische Bürger sein, sondern nach Palästina auswandern und dokumentieren durch ihr Verhalten, dass sie auf das rumänische Bürgerrecht nicht optieren." Richtig ist soviel, dass das andauernde judenfeindliche Verhalten die Palästinabewegung steigert. Die Gründe jedoch, mit welchen die jüdische Oeffentlichkeit dieses Dekret ablehnt, zeigen deutlich, dass dieselben *aus dem Willen als gleichberechtigte Bürger in Rumänien anerkannt zu werden,* diktiert sind und *nicht aus dem Wunsche aus dem Lande auszuwandern.*

Chronik.

Litauen.

Ein Referent für jüdische Angelegenheiten in Litauen.

Warschau, 22, Mai. Zum Referenten für jüdische Angelegenheiten bei der polnischen Okkupationsbehörde in Litauen wurde Herr Jakob *Schatzki* ernannt, der sich dieser Tage nach Wilna begab. Er führte mit sich ein reiches Akten- und Schriftenmaterial politischen und statistischen Inhalts über die jüdisch-polnisch-litauische Frage. Als seine Hauptaufgabe wird die Sammlung von Materialien über die polnisch-litauisch-jüdischen Beziehungen in Litauen und Weissrussland bezeichnet.

Wilna. Bei der Wahl in der jüdischen Gemeinde wurde *Dr. Schabad* mit 38 Stimmen zum Präses der

Gemeinde gewählt. L. Joffe, der Redakteur der „Jüdischen Zeitung", erhielt 37 Stimmen.

— Im Alter von 65 Jahren ist der Rabbiner von *Poniewierz, Rabbi Izchok Rabinowitsch* gestorben, der einer der grössten rabbinischen Persönlichkeiten der Jetztzeit gewesen ist. Er war s. Z. der Leiter der Jeschiwa von Slobodka. Nach Kriegsausbruch hatte er sich nach Russland begeben und dort regen Anteil am jüdischen Leben genommen. Erst kürzlich war er nach Poniewierz zurückgekehrt, wo er nach kurzer Krankheit verschieden ist.

Polen.

— Nahum Sokolow richtete namens der Zionistischen Organisation ein energisches Telegramm wegen der Pogrome an Pilsudski und forderte sofortige Massnahmen zur Unterdrückung der Ausschreitungen. Pilsudski erwiderte, die polnische Regierung habe bereits energische Massnahmen getroffen.

Warschau. Die polnischen Sozialdemokraten haben im Sejm einen Antrag auf Abberufung der Hallerschen Truppen aus Krakau eingebracht.

Warschau. Die jüdischen Abgeordneten haben dem Landtage folgenden Antrag unterbreitet: Man möge sofort eine Registrierung aller jüdischen Bahnarbeiter vornehmen, die von ihren Posten, die sie bis 11. November 1918 eingenommen haben, entlassen worden sind. Man soll ihnen das halbe Gehalt für die ganze Zeit seit ihrer Entlassung, auszahlen. Beim Besetzen der Stellen soll man aufhören, die Religion der Kandidaten in Betracht zu ziehen, und nur auf die persönliche Qualifikation achten. In der Begründung dieses Antrages wird auch erwähnt, dass infolge dieser Entlassungen mehr als 4000 Juden brotlos geworden sind.

„Juden" gegen die völkerrechtliche Beschützung der Juden in Polen.

Warschau. Gleich nach Bekanntwerden der im Friedensvertrag enthaltenen Bestimmungen üb. den Schutz der Minoritäten, hielten die Assimilanten eine grosse Beratung ab, in der sie beschlossen haben sollen, eine Delegation nach Paris zu entsenden, um dort gegen diese Bestimmungen zu wirken, da dieselben geeignet sind, der jüdischen Assimilation in Polen den Todesstoss zu versetzen. Nach einer weiteren Meldung sind die Delegierten, und zwar *Nathanson* aus Warschau, Dr. *Sare* aus Krakau und Dr. *Schleicher* aus Lemberg bereits nach Paris abgereist.

Warschau. Laut „Przeglad Wieczorny" beteiligen sich nicht die Assimilanten, deren seinerzeitige Bitte um Trennung der jüdischen Gemeinde und Gründung einer eigenen Gemeinde der Assimilanten, von der Regierung abgelehnt worden ist, an den demnächst vorkommenden Wahlen in die jüdische Gemeinde. Sie wollen damit betonen, dass sie sich mit den jetzigen nationalen Strömungen der jüdischen Bevölkerung nicht solidarisch erklären.

Galizien.

Warschau. Hier wird eine Kommission von diplomatischen Vertretern der alliierten Staaten gebildet werden, die sich in kurzem nach Ostgalizien begeben wird, um die militärischen Operationen der polnischen Armee, die Gesinnung der Bevölkerung und den wirtschaftlichen Stand dieses Gebietes zu prüfen.

Chrzanów. Die militärische Behörde requirierte eine jüdische Synagoge und verwandelte sie in ein Proviantmagazin. Die Thorarollen wurden herausgeschmissen und einige zerrissen, wobei man die Juden verspottete. Ein längerer Bericht darüber im Krakauer „Nowy Dziennik" wurde konfisziert.

— Laut „Gazeta Lwowska" hat der galizische Landesschulrat in seiner letzten Sitzung beschlossen, die Existenz der im Jänner d. J. in Lemberg errichteten jüdischen Mittelschulen nicht zur Kenntnis zu nehmen. Der Landesschulrat hat sich auch ausserstande erklärt, dem Unterrichtsministerium den Antrag auf Erteilung des Oeffentlichkeitsrechtes an diese Schulen zu unterbreiten, da ihm diese Schulen und der Geist, der sie beherrscht, unbekannt seien.

Drohobycz. Beim Begräbnisse zweier polnischer Soldaten hielt, in Anwesenheit von General Haller, der hiesige Bürgermeister *Jarosz* eine Rede, in welcher er u. a. alle Vorwürfe, die man gegen die jüdische Bevölkerung erhebt, als vollständig unbegründet zurückwies und betonte, dass das Verhalten der Juden gegenüber der polnischen Bevölkerung zur Zeit der Besetzung durch die Ukrainer, überaus loyal gewesen sei und dass die Juden alles, was sie nur konnten, getan haben, um das Los der polnischen Einwohner zu erleichtern. *General Haller drückte seine Befriedigung über diese Rede des Bürgermeisters aus.*

Tschecho-slovakischer Staat.

Die Prager „Selbstwehr" schreibt: Böse Nachrichten kommen aus der Slovakei. Die Situation der Juden wird dort von Tag zu Tag trostloser, sie haben nicht nur die schwersten Uebergriffe zu erdulden, sondern leben auch infolge der Pogromstimmung in grösster Beunruhigung. Die Drangsalierungen haben auch schon eine Anzahl von Opfern gefordert. Wir erwähnen nur als bezeichnende Einzelheit die Verhaftung der hervorragendsten Zionisten und Führer des jüdischen Volksverbandes in der Slovakei und ihre Internierung in Theresienstadt. Diese Massnahmen sind offenbar nur auf Uebergriffe untergeordneter Stellen zurückzuführen.

Lipto sv. Mikulas. Hier fand am 25. Mai unter reger Beteiligung der Gemeinden der Komitate Lipto, Arva und Turoc, eine seitens des Volksverbandes der Juden in der Slovakei, einberufene Volksversammlung statt. Es waren zirka 500 Personen anwesend. Nach der Eröffnungsrede des Herrn Direktor Hoffmann aus Turoc sv. Martin, in welcher er zur Vereinigung der bisher zersplitterten jüdischen Kräfte aufforderte, sprach Herr Dr. Leo Sipos über die Lage der Juden in der Slovakei, und erörterte die Notwendigkeit der Organisierung der Juden ohne Rücksicht auf ihren religiösen oder politischen Standpunkt, wie auch die Bedeutung der jüdischen Presse für die Slovakei. Als zweiter Redner sprach Herr Sekretär Waldstein, welcher sich mit dem

Problem der Hilfe und mit der Frage der Ersetzung der Schäden befasste. Zum Schlusse wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Notwendigkeit des Anschlusses der jüdischen Kultusgemeinden an den Volksverband und die Schaffung einer jüdischen Presse für die Slovakei ausgesprochen wird.

Deutschland.

Gemäss dem Zentralbüro der Agudas Jisroel, Misrachi, und Zionistischen Vereinigung Breslau, drahtlich gewordenen Mitteilung, ist der nach Schlesien sich ergiessende Flüchtlingsstrom aus Polen gewaltig, die Not unbeschreibbar. Um einer Katastrophe vorzubeugen, muss schnellste Hilfe einsetzen.

— Das Arbeitsfürsorgeamt der jüdischen Organisationen in Deutschland teilt uns in Bezug auf unsere in No 33 gebrachte Notiz über die planmässige Ausweisung jüdischer Arbeiter aus Deutschland mit, dass der preussische Minister des Innern verfügt habe, dass jüdische polnische Arbeiter nur aus Gründen ausgewiesen werden, aus denen auch im allgemeinen Ausweisungen von Ausländern erfolgen. Dieselbe Praxis wird auch in den übrigen Orten Deutschlands befolgt.

Frankreich.

Paris. (Poln. Tel. Ag.). „Chicago Tribune" verzeichnet das Gerücht, dass Polen, Tschechoslavien, Jugoslavien und noch einige kleinere Nationen gedroht hätten, der Völkerliga nicht beizutreten, weil die Klausel über den Schutz der Minoritäten ihre Souveränität begrenze.

— Der Korrespondent der „Jewish Times" will aus sicherer Quelle erfahren haben, dass Paderewski dem Präsidenten Wilson einen Brief übersandte, worin er behauptet, dass die Vorfälle in Polen nicht als Pogrome bezeichnet werden können. Der Korrespondent meldet auch, dass sich in Paris die Protestmeetings gegen die Pogrome häufen. Auch die Alliance Israélite hat bereits protestiert und zusammen mit dem Konsistorium eine Konferenz der Präsidenten der Pariser Vereine einberufen, die den Protest an Clemenceau leitete. Sie veranstaltet auch eine Enquete beim französischen Chef der in Russland operierenden Armeen, um die Verantwortlichkeit und die an den Pogromen Schuldigen festzustellen. Das Resultat dieser Enquete wird demnächst von der Alliance veröffentlicht werden. Clemenceau opponiere nicht der Ausbreitung dieser Protestbewegung gegen die Pogrome und obwohl die französische Regierung im allgemeinen jetzt politische Meetings nicht gerne sieht, lege sie dennoch diesen Protestversammlungen keine Hindernisse in den Weg.

— Die „Ica", die im Kriege ihre Arbeit eingestellt hatte, beginnt ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen. Dieser Tage kam ein Vertreter dieser Gesellschaft aus Paris nach Bialystok, von wo er nach durchgeführten Unterhandlungen nach Grodno und andern Städten abgereist ist.

— Verschiedene jüd. Zeitungen melden aus Paris, dass in der Alliance Israélite Universelle eine Spaltung wegen der Frage der nationalen Rechte der Juden in den Galuthländern eingetreten sei. Die demokratischen Delegierten ziehen sich von den Assimilanten zurück und unterstützen die Forderung auf nationale Minoritätsrechte der Juden in allen europäischen Ländern.

England.

Unser Londoner Korrespondent meldet: Die Vorbereitung zum allgemeinen Trauertag in London für die Pogromopfer in Polen breiten sich stark aus. Es wurden zwei grössere Komitees eingesetzt, von denen das eine sich mit der rein jüdischen Protestaktion befasst, während das andere, hestehend aus *Lord Rothschild, Lord Swaythling, Sir Stuart Samuel, dem Chiefrabbi* und anderen, sich mit der Vorbereitung der Protestaktion der nichtjüdischen, politischen und intellektuellen Führer der englischen Gesellschaft befasst. Eine Deputation, bestehend aus dem Chiefrabbi, Sir Stuart Samuel und Lord Rothschild, sprach im Ministerium des Aeussern vor, wegen einer offiziellen Protestdemonstration im Stadthause. Sie wurde von dem Vertreter des Aussenministers, *Cecil Harmsworth*, sehr freundlich empfangen, der ihnen u. a. erklärte, *dass die englische Regierung wegen der endlosen Pogrome sehr empört sei und alles aufbieten werde, um den Pogromen Einhalt zu gebieten.* Wegen der offiziellen Demonstration will er mit *Lord Curzon*, der jetzt Chef des Ministeriums des Aeussern ist, sprechen und er hofft, dass sich dies arrangieren lassen werde. Es sind die besten Aussichten vorhanden, dass die offizielle Demonstration im Stadthause zu gleicher Zeit wie der jüdische Trauertag, d. h. am 25. Juni stattfinden wird.

— Im englischen Unterhause wurde eine Anfrage eingebracht ob es wahr sei, dass viele Ausländer in Irland, meistens Juden die jiddisch sprechen, unter der Ausrede, Möbel und anderes einzukaufen, die arme Bevölkerung aufsuchen und dabei feindliche Propaganda treiben, und ob, wenn dies wahr sei, man die Ausländer ohne Unterschied, ob sie naturalisiert seien oder nicht, aus Irland ausweisen werde. Namens der Regierung wurde geantwortet: In Irland gibt es viele Juden, von denen auch einige jiddisch reden und auf dem Lande dem Handel nachgehen. Die Polizei hat jedoch keine Kenntnis davon, dass sie feindliche Propaganda treiben und es liegt keine Ursache vor, sie einer solchen zu verdächtigen. Trotzdem werden Nachforschungen angestellt.

— „Daily News" empfiehlt im Anschluss an die Interpellation im englischen Unterhaus dem Unterstaatssekretär Cecil Harmsworth, den Bericht von Israel Cohen über die Pogrome in Polen genau zu studieren.

London. Der antisemitische „Evening Standart" veröffentlicht ein Gespräch mit einem soeben aus Palästina zurückgekehrten englischen Offizier, der erklärt haben soll, dass sowohl die Christen wie die Mohammedaner dieses Landes den zionistischen Forderungen heftigen Widerstand entgegensetzen werden. Wie die Zeitung schreibt, werden sie bis zum letzten Mann gegen die jüdische Herrschaft oder eine jüdische Immigration, die sie zu Knechten machen würde, kämpfen. Namens dieses Offiziers schreibt die Zeitung ferner: Man warte dort das Resultat der Kommission, die England und Frankreich hingeschickt hat, ab. Die jüdische Propaganda wird inzwischen unterirdisch geführt, sei aber sehr aktiv. Man glaubt, dass dem Zionismus für die

Entwicklung des Landes ein Kapital von 40 Million Lst. zur Verfügung steht. Der Offizier behauptet weiter, dass, falls England und Frankreich die Zionisten nach Palästina hineinlassen werden, ein neues Irland, und zwar ein noch schlimmeres, in Palästina, wo die Anhänglichkeit an England zu schwinden beginnt, entstehen werde. Es ist dies gewiss ein imperialistischer Irrtum, denn Palästina beschützt den englischen Flügel beim Suezkanal. Es seien dort auch grosse kommerzielle Möglichkeiten. Hundert Leute wohnen dort auf einer Quadratmeile und unbesetztes Land ist nicht vorhanden, Wenn man also in Palästina polnische Juden ansiedeln will, kann man dies nur durch Landankauf oder durch einen Akt ungerechter Expropriierung tun. Was wird in beiden Fällen mit den eingeborenen Einwohnern geschehen, falls ein grosser Teil der Bevölkerung von den neuen Einwanderern verdrängt werden wird?

Amerika.

Washington. Der amerikanische Senat hat, wie bereits erwähnt, einstimmig eine Resolution gegen die Judenpogrome angenommen und Präsident Wilson aufgefordert, Schritte zu ergreifen, um diesen Metzeleien ein Ende zu bereiten. Die Resolution, die vom New Yorker Senater Color eingebracht und einstimmig und ohne jede Debatte angenommen wurde, lautet: Es sei beschlossen, dass das Staatsdepartement hiermit aufgefordert wird, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten zu berichten und ihn zu ersuchen, er möge mit den Vertretern an der Friedenskonferenz derjeniger Länder, wo Pogrome und Metzeleien vorkommen, konferieren und ihnen berichten, dass der Senat und das Volk von Amerika sehr tief die Gewalttaten und Metzeleien bedauern, die an Männern, Frauen und Kindern ihrer Religion wegen begangen worden sind.

Der Jude als Botschafter.

Im Verlaufe einer Ansprache an die Juden bei einem Empfange zu Ehren des Earl of Reading, sagte Dr. Stephen S. Wise, Rabbiner der Freien Synagoge: Dürfen wir nicht glauben, dass Lord Reading, indem er sich der Aufgabe als Botschafter und Vermittler zwischen zwei englisch sprechenden Gemeinschaften zuwendet, durch den Umstand begünstigt wurde, dass er von einem vermittelnden Volke abstammt, einem Volke, das fest in Ehrfurcht dasteht und zugleich Achtung für das Wesen aller andern Völker zeigt. Dieser Fähigkeit des Juden für Mittlerdienst darf es zugeschrieben werden, dass die zwei vornehmsten Juden in den englisch sprechenden Ländern, Mitglieder der höchsten Gerichte ihrer Nation sind, jeder ein grosser Jurist und jeder Diener seines Landes. (Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, dass bei einer unlängst in Amerika abgehaltenen Massenversammlung Lord Reading (Isaac Rufus) als der grösste Jude der Jetztzeit bezeichnet worden ist. J. P. Z.)

— Auf Anregung der Agudas Jisroel unterbrach Herr Moris *Engelmann*, Mitglied und Mitbegründer des amerikanischen Joint Distribution Committee seine Europareise und ist nach Amerika zurückgekehrt, um bei der Versorgung der Zentralstaaten mit amerikanischen Lebensmitteln eine Berücksichtigung der jüdischen Bedürfnisse durchzusetzen. Gemäss soeben beim holländischen Vertrauensmann der Agudas Jisroel eingetroffenen Kabel wurde in einer Spezialsitzung neben der Bewilligung verschiedener Geldsubventionen vorerst die Uebersendung von 1000 Tonnen Koscherfleisch unter Aufsicht von Rabbiner Dr. Klein beschlossen. Die Verhandlungen wegen Fett und anderer ritueller Lebensmittel sind noch nicht abgeschlossen.

Palästina.

Jüdische Schiedsgerichte in Galiläa.

Vor einer Reihe von Wochen wurde in Tiberias das erste jüdische Schiedsgericht mit zwei Kammern eröffnet. Es ist nach modernem, europäischen System eingerichtet. Die Richter werden auf Vorschlag der lokalen Vereine vom Stadtrat gewählt. Da es zur Zeit in Ober-Galiläa keine anderen Rechtsbehörden gibt, entscheidet das Gericht in Tiberias auch über Fälle auf diesem Gebiet. In solchen Fällen sind ein bis zwei von den Kolonisten gewählte Delegierte als Beisitzer tätig. Das Schiedsgericht steht in Verbindung mit den lokalen Behörden und wird von ihnen als massgebende Rechtskörperschaft angesehen.

Auch in Jaffa wurde ein jüdischer Gerichtshof eröffnet, an den sich auch mohammedanische und christliche Araber bisweilen wenden.

In Rosch Pinah tauchte die Frage auf, ob auch Frauen dem Gerichtshof angehören könnten, doch ist hierüber noch keine Entscheidung gefallen. Weitere jüdische Gerichte wurden in Jessod Hamaalah, Mischmar Hajarden und Machanajim eingerichtet.

Auszug aus einem Bericht des Palästina-Amtes über das hebräische Schulwesen:

Unser jetziges Schulsystem umfasst die Erziehungsinstitute des ganzen Landes unter der Aufsicht des Waad Hachinuch. Wir haben jetzt in Jerusalem 39 Schulen mit 4569 Schülern und 177 Lehrern; in Jaffa 13 Schulen mit 1937 Schülern und 75 Lehrern; in den Kolonien von Judäa und Samaria 13 Schulen mit 1208 Schülern und 66 Lehrern; in Haifa, Tiberias, Safed, den beiden Kolonien in Untergaliläa und Damaskus 16 Schulen mit 1500 Schülern und 66 Lehrern. Im ganzen besuchen 9264 Schüler die unter zionistischer Aufsicht stehenden Schulen, also 75% der Gesamtzahl der jüdischen Kinder in schulpflichtigem Alter in Palästina. Einige tausend Kinder besuchen Schulen, die zwar nicht unter der Verwaltung des Waad Hachinuch stehen, aber unseren hebräischen Lehrplan angenommen haben. Wir könnnen also schliessen, dass die Anzahl von Kindern, die keinen eigentlichen hebräischen Unterricht erhalten, nur sehr klein ist. Sie besuchen Schulen, deren Unterrichtssprache französisch, englisch, jiddisch, spaniolisch oder arabisch ist. Eine kleine Anzahl von Kindern erhält überhaupt keinen Schulunterricht. Natürlich bemüht sich die hebräische Schulverwaltung, auch diesen Kindern eine nationale hebräische Erziehung zu geben. Die Zahl der unter unserer Verwaltung stehenden Schulen wächst beständig und die Lehrmethoden machen letzthin bedeutende Fortschritte. Der Einfluss der nichthebräischen Schulen ist bedeutend geringer geworden. Ihre moralische und materielle Bedeutung ist in den letzten Jahren so sehr zurückgegangen, dass sie heute kaum noch in Betracht kommen. Die folgenden orthodoxen Schulen stehen jetzt ebenfalls unter der Verwaltung des Waad Hachinuch: die Misrachischulen (Tachkemoni in Jaffa und die Schulen in Petach Tikwah, Rischon le Zion, Rechoboth, Ekron), ferner die neue Jeschiwah in Jerusalem, 6 Jerusalemer Talmud Thoras und der Tachkemoni und der orthodoxe Kindergarten in Jerusalem.

Die „J.P.Z.“ ist eine Privatagentur — Druck von Kopp-Tanner, Zürich